

Abteilung Montage und Ausbau

Montag, 12. Juni

2017

Qualifikationsverfahren Allgemeinbildung

Schlussprüfung (SP) für 4-jährige Lehren, Teil 1 und Teil 2, Lösungen

4 P
Lehrjahre

Lösungen

Für die ganze Prüfung gilt: Es dürfen keine Viertelpunkte gegeben werden.

Risiko und Sicherheit: Versicherungen

1.

1a

Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung; Motorhaftpflicht-Versicherung; Motorhaftpflicht.

1b

Schaden am LKW: 0.5 P, Schleudertrauma des Chauffeurs: 0.5 P

1c

Grobfahrlässigkeit.

1d

Kasserra muss einen Teil der Schadenskosten selber bezahlen. / Die Versicherung verlangt einen Teil der Schadenskosten zurück.

(Dass er alles selber bezahlen muss, ist falsch.)

1e

Er könnte in Zukunft höhere Prämien bezahlen müssen.

1f Lösungsbeispiel:

Am Morgen des 25. Oktober 2010 fuhr ich ... nach sechs Uhr früh zusammen mit meiner Partnerin zur Arbeit. Zwischen Embrach und Pfungen ZH fahren vor mir zwei Personenwagen und zuvorderst ein Traktor mit Anhängern. In einer langen Rechtskurve überholten die zwei PW korrekterweise den Traktor und ich schloss mich ihnen an. Zu spät sah ich den Lastwagen, der mir in der Kurve entgegenkam, und ich kollidierte seitlich mit ihm. Der Lastwagenchauffeur trat voll auf die Bremse, wich nach rechts aus und landete im Strassengraben. Ich blieb unverletzt.

2.

(Richtige Antwort: 0.5 P, falsche Antwort: -0.5 P, keine Antwort: 0 P)

Glasbruchversicherung

Wasserschadenversicherung

Krankenversicherung

Privathaftpflicht-Versicherung

Rechtsschutzversicherung

Motorhaftpflicht-Versicherung

Invalidenversicherung

Diebstahlversicherung

3.

3a

Durch höhere Kostenbeteiligung mit einer höheren Jahresfranchise. / Durch die Einschränkung der freien Arzt- und Spitalwahl (z. B. in einer HMO-Praxis, mit dem Hausarztmodell). / Durch den Vergleich der Prämien und einen allfälligen Wechsel des Krankenversicherungsanbieters. / Durch Wohnortwechsel. / Durch das Streichen von Zusatzversicherungen.

(Pro richtige Antwort: 0.5 P)

3b

1. Franchisenabzug: 5000 CHF – 2000 CHF = 3000 CHF

2. Selbstbehalt berechnen: 3000 CHF : 100 x 10 = 300 CHF

3. Total Selbstkosten berechnen: 2000 CHF + 300 CHF = 2300 CHF

Korrektes Endresultat mit korrektem ganzem Rechenweg (Franchisenabzug und Selbstbehaltrechnung): 3.0 P

Korrektes Endresultat ohne Rechenweg: 1.0 P

Ohne Franchisenabzug oder Selbstbehalt: jeweils –1.0 P

4.

4a

Die Nichtberufsunfall-Versicherung.

4b

Ab dem dritten Tag (1.0 P) nach dem Unfall bezahlt die Versicherung 80 Prozent des Lohnes (1.0 P). Wenn nur: Lohnfortzahlung: 1.0 P

4c

Der Arbeitgeber.

4d

- **Der Arbeitnehmer: 1.0 P;**

- **Oder: Ist im Arbeitsvertrag geregelt: 1.0 P**

4e

Die Krankenversicherung/Krankenkasse von K. S.;

Oder: Die Motorhaftpflicht-Versicherung von H. M.;

Oder: Die Insassenunfallversicherung von H. M.

5.

5a

- **Grundsätzlich stimmt diese Aussage, von 1945 bis ca. 1971 nehmen sowohl die Anzahl Unfälle mit Personenschäden als auch die Anzahl getöteter Personen zu, und nach ca. 1971 nehmen beide Kurven wieder ab: 1.0 P**
 - **Mit Ausnahmen bei gewissen Abschnitten: 1.0 P**
 - **Ausser im Zeitraum zwischen 1960 und 1970: 1.0 P oder**
 - **Ausser im Zeitraum zwischen 1977 und 1984: 1.0 P oder**
 - **Ausser im Zeitraum zwischen 1997 und ca. 2004: 1.0 P**
-

5b

1. **Kurven entwickeln sich bis ca. 1984 ähnlich: 1.0 P;**
2. **Danach verlaufen sie in entgegengesetzte Richtungen: 1.0 P.**
3. **Ab ca. 2005 verlaufen beide wieder ähnlich (nehmen beide wieder ab): 1.0 P.**

Weitere Lösungen liegen im Ermessen der Lehrperson.

5c

Ersichtlich ist, wie viele schwer verunfallte Personen im Strassenverkehr in jedem Kanton auf 10'000 Einwohner im Jahr 2015 kommen / Prozentzahlen: (1.0 P).

Die konkrete Anzahl schwer verunfallter Personen im Strassenverkehr 2015 in jedem Kanton / absolute Zahlen: (1.0 P).

5d

330 Personen

5e

Prozentual betrachtet ist es im Kanton Zürich sicherer als bspw. im Kanton Uri (1.0 P); in absoluten Zahlen ereignen sich im Kanton Zürich aber mehr Unfälle (1.0 P).

Zeitgeschehen, Tagespolitik

1.

1a

- **Klein, da über den ganzen gezeigten Zeitraum nur sehr wenige Initiativen angenommen wurden.**
 - **Eher klein. Doch betrachtet man die Entwicklung der letzten ca. 15 Jahre, so zeigt sich, dass prozentual mehr Initiativen angenommen wurden als zuvor. Somit steigen die geringen Chancen.**
-

1b

Zehn

1c

2011

1d

Bei einer Änderung der Bundesverfassung; bei einem Beitritt zu Staatenbünden/int. Gemeinschaften; bei für dringlich erklärten Bundesgesetzen ohne Verfassungsgrundlage (wenn > 1 Jahr).

2.

(Richtige Antwort: 0.5 P, falsche Antwort: -0.5 P)

- Jede in der Schweiz wohnhafte Person über 18 Jahren kann eine Initiative einreichen.
 - Bei Annahme der Initiative wird der entsprechende Gesetzesartikel im ZGB oder OR geändert.
 - Den oben genannten Initiativtext (Art. 10a) würden die Initianten gerne in die Bundesverfassung schreiben.
 - Nach der gültigen Einreichung der Initiative geben Bundesrat und Parlament eine Stimmempfehlung ab; erst dann stimmt das Volk darüber ab.
-

3.

3a

Aktives/passives Wahlrecht; Referendumsrecht (1 Nennung)

3b

Kantone/Stände und das Volk müssen Ja sagen.

4.

4a

Die Religionsfreiheit; BV Art. 15: Glaubens- und Gewissensfreiheit.

4b

Nein. Das Burkatragen wäre erlaubt zu Hause, im Garten, bei Freunden, in Moscheen; es gäbe Ausnahmen etc.

5.

5a

Rechtsstaatlichkeit; Gewaltenteilung; unabhängige Rechtssprechung; Rechtsweggarantie; Macht geht mittels politischen Rechten vom Volk aus; gleiche Freiheiten, Rechte und Pflichten für alle Bürger; klare Rechtsordnung; Vielzahl von Parteien politisieren demokratisch; freie Wahlen und Abstimmungen; Meinungsfreiheit; Möglichkeit der Mitbestimmung etc.

(Pro Nennung: 1.0 P)

5b

- **Staat aufgeteilt in Teilstaaten/Kantone;**
- **Zusammenschluss von Teilstaaten, die eine gemeinsame (Aussen-)Grenze haben und möglichst viel Selbstbestimmung für Teilstaaten gewähren;**
- **Teilstaaten können nicht aus dem Staat austreten;**
- **Aufgaben zwischen Gesamtstaat und Teilstaat aufgeteilt;**
- **Gesamtstaat zuständig für Angelegenheiten im Interesse aller Teilstaaten;**
- **Gesamtstaat und Teilstaat haben je eine eigene Regierung und Verfassung;**
- **Staatsgebiete/Teilstaaten können in gewissen Bereichen abschliessend entscheiden;**
- **Recht des Gesamtstaates geht dem Recht des Teilstaates vor;**
- **Föderalistische Organisation.**

(Pro Nennung: 1.0 P)

5c

- Vorteil:**
- **Teilstaat kann Interessen zur Geltung bringen;**
 - **Grosse Selbstbestimmung für Kantone;**
 - **Minderheiten werden besser berücksichtigt;**
 - **Möglichkeit, besser auf regionale Eigenheiten einzugehen;**
 - **Verwaltung volksnah.**

- Nachteil:**
- **Komplizierteres Zusammenleben (etwa: Verschiedene Schulsysteme, Steuerwettbewerb);**
 - **Entscheidungsprozesse träge.**
-

6.

6a

(Pro richtige Zuordnung: 0.5 P)

Amtsträger		Aufgabe
Ein Nationalrat	Parlament	Gesetze ausarbeiten/machen
Bundespräsidentin	Regierung	Gesetze umsetzen
Bundesrichter	Gerichte	Einhaltung der Gesetze sichern / urteilen

6b

- Ein Amtsträger darf nur in einer Gewalt tätig sein;
- Gegenseitige Kontrolle;
- Getrennte, andere Aufgabenbereiche;
- Keine Machtkonzentration.

7.

(Richtiges Kreuz: 0.5 P, falsches Kreuz: -0.5 P)

- Sie wollen bestehende Werte unbedingt bewahren.
- Sie setzen sich für staatliche Leistungen für sozial benachteiligte Menschen ein.
- Sie sind klar gegen einen EU-Beitritt.
- Sie wollen die Militärausgaben kürzen.
- Sie wollen einen möglichst freien Markt ohne Eingriff des Staates.

8.

8a

- Es ist ein Zusammenschluss von Menschen, die in einem begrenzten Interessengebiet ihre Vorstellungen durchzusetzen versuchen.
- Sie dienen meist der Vertretung wirtschaftlicher Interessen;
- Sie beteiligen sich nicht selbständig an den Wahlen.
- Die Verbände selber sind im Parlament nicht vertreten.

(Eine korrekte Antwort)

8b

- **Durch Mitarbeit/Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren.**
- **Verbandsmitglieder vertreten als Parlamentarier die Interessen der Verbände.**
- **Die Verbände unterstützen ihnen nahestehende Parteien finanziell.**
- **Durch Lobbying.**

(Eine korrekte Antwort erforderlich)

9.

9a

Beim Säulendiagramm werden absolute Werte/Zahlen miteinander verglichen. / Bei Grafik 1 geht es um den Vergleich von Grössen.

Ein Liniendiagramm/Kurvendiagramm eignet sich, um (zeitliche) Entwicklungen aufzuzeigen. Bei mehreren Linien werden zusätzlich Entwicklungen einfach vergleichbar. / Bei Grafik 2 geht es um die zeitliche Entwicklung betreffend Vertrauensstärke in ausgewählte politische Akteure und Behörden.

9b

Vervollständigen Sie.

Aussage	Parteibindung	Zeitraum
Glaubt mit der höchsten Prozentzahl, dass die Politik oft versagt.	Keine Partei	August 2012
Das Gefühl, die Politik versage, ist am stärksten gesunken.	CVP	2014–2016
<ul style="list-style-type: none"> - Höchster Glaube aller Werte, dass nie Versagen eintritt - Glaube an Politik am grössten - Über alle Werte tiefster Glaube, dass Versagen eintritt - 31% Versagen oft - 46% Versagen selten - 18% Versagen nie - 5% keine Antwort (mind. 1 Antwort: 0.5) 	CVP	August 2013
Aussage	Akteure	Zeitraum
Geniesst das höchste Vertrauen.	Bundesgericht	2016
Das Vertrauen in sie ist am meisten gewachsen.	EU	2012–2016
Diese Behörde war genau drei Mal alleiniger Spitzenreiter in den Vertrauenswerten.	Polizei	2005, 2006, 2012 (alle drei gefordert)

9c**Lösungsbeispiele:**

- **Bei den Parteilosen gibt es viele Menschen, die sich nicht für Politik interessieren. / Sich über Politik nicht informieren und aus diesem Grund keine Meinung haben. Darum ist die Prozentanzahl Stimmberechtigter in der Antwortkategorie: «Weiss nicht / keine Antwort» grösser als bei den Parteizugehörigen.**
 - **Bei den Parteilosen gibt es viele Menschen, die in politischen Fragen unschlüssig sind und aus diesem Grund keine Meinung haben. Darum ist die Prozentzahl Stimmberechtigter in der Antwortkategorie: «Weiss nicht / keine Antwort» grösser als bei den Parteizugehörigen.**
 - **Weitere Erklärungen möglich; Logik und Nachvollziehbarkeit der Argumentation zählt.**
-

9d

- **Das Vertrauen in Exekutive und Judikative ist in diesem Zeitraum grundsätzlich angestiegen.**
 - **2013 genossen sie das höchste Vertrauen, danach ist es wieder etwas gesunken.**
 - **Das Vertrauen in Exekutive und Judikative verläuft weitgehend parallel.**
 - **Das Bundesgericht geniesst über die ganze Dauer ein höheres oder gleich hohes Vertrauen wie der Bundesrat.**
 - **Bei der Exekutive ist die Schwankung extremer als beim Bundesgericht.**
 - **2010 und 2013 ist das Vertrauen in beide abgesackt.**
-

Steuern

1.

1a

Sie wird bezahlt beim Kauf von Waren oder Dienstleistungen. / Sie belastet den Verbrauch. / Es ist eine Konsumsteuer.

1b

Es sind Steuern auf Einkommen/Vermögen. / Sie werden über die Steuererklärung ermittelt.

1c

Der reduzierter Satz (2.5 %) gilt für Produkte des täglichen Bedarfs. Der Sondersatz (3.8 %) für die Hotellerie. (Pro Nennung: je 1.0 P)

1d

CHF 2.40 (CHF 32.40 = 108 %) (Korrektter Rechenweg, aber falsches Resultat: 0.5 P)

2.

(Pro korrekte Antwort: 0.5 P)

Bund	Kanton	Gemeinde
Militär, Landwirtschaft, Entwicklungshilfe, Forschung, Verkehr, AHV, IV, Umweltschutz etc.	Polizei, Strassen, Berufsschulen, Spitäler, öffentl. Verwaltung etc.	Alters- und Pflegeheime, Schulen, Kehrtrichtbeseitigung, Wasserversorgung, Sozialhilfe etc.

3.

3a

Art. 127 Grundsätze der Besteuerung

¹ Die Ausgestaltung der Steuern, namentlich der Kreis der Steuerpflichtigen, der Gegenstand der Steuer und deren Bemessung, ist in den Grundzügen im Gesetz selbst zu regeln.

² Soweit es die Art der Steuer zulässt, sind dabei insbesondere die Grundsätze der Allgemeinheit und der Gleichmässigkeit der Besteuerung **sowie der Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu beachten.**

3b

Er bezeichnet die prozentuale Zunahme der Steuerbelastung bei steigendem Einkommen. / Wer mehr verdient, bezahlt prozentual mehr Steuern. (Wenn nur: «Wer mehr verdient, bezahlt mehr»: 1.0 P)

3c

Die Umverteilung der Vermögen in der Bevölkerung. / Steuergerechtigkeit. / Den sozialen Ausgleich. / Leistungsfähigere Steuerzahler entlasten finanziell schwächere Steuerpflichtige.

4.

Kantone und Gemeinden legen den Steuerfuss/Steuersatz jährlich selber fest; (Wenn nur: Kanton oder Gemeinde: 1.0 P)

5.

Lösungsbeispiele:

Argumente:

- Tiefe Steuern ziehen Firmen an / Schaffung von Arbeitsplätzen;
- Trotz Steuerprivilegien 5,4 Mia. Fr. Steuereinnahmen;
- Risiko der Abwanderung international tätiger Firmen;
- Grosse Steuerausfälle;
- Leistungsabbau des Staates;
- Steuererhöhungen für alle Steuerzahler;
- Wenn Steuerprivileg, dann unter der Bedingung ökologischer und sozialer Verpflichtungen.

6.

6a

Die Verrechnungssteuer von 35% wird vom Zinsertrag abgezogen und von der Bank dem Bund überwiesen.

(Betrag richtig: 1.0 P, Begründung korrekt: 1.0 P)

CHF 900.–	CHF 1000.–	CHF 350.–	CHF 650.–
-----------	------------	-----------	------------------

6b

Es ist ein Instrument zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung. / Ziel: Die korrekte Angabe des Einkommens und des Vermögens. / Angabe des Einkommens und Vermögens in der Steuererklärung: Verrechnungssteuer wird zurückerstattet bzw. von der Steuerrechnung abgezogen.

Ökologie – Klimawandel – Energiewende

1a

Herausforderung 1: **Stärkere Temperaturzunahme; die Schweiz ist überdurchschnittlich stark betroffen.**

Herausforderung 2: **Die Schweiz ist ein Kleinstaat; ein Alleingang der Schweiz nützt nichts; schuld ist vorwiegend das Ausland.**

1b

Ereignis	Folge	Raum
Der grösste Teil der Gletscher schmelzen weg.	Im Hochgebirge entstehen neue Landschaften (mit Fels, Schutt, spärlicher Vegetation und vielen, meist kleineren Seen).	Alpenraum
Der Dauerfrost taut bis in tiefere Schichten auf.	Dies führt zu vermehrten Steinschlägen und Felsstürzen.	Alpenraum
Die Schneesaison verkürzt sich um mehrere Wochen.	Der Wintertourismus steht vor Problemen. (Oder: Die Sommersaison verlängert sich.)	Alpenraum
Die Schneegrenze wird um mehrere hundert Meter ansteigen.	Skiorte unter 2000 Meter ü. M. werden empfindlich getroffen. Skilifte in höheren Lagen verlieren ihren stabilen Untergrund.	Alpenraum
Beschleunigte Vermehrung des Borkenkäfers.	Die Fichte droht aus den Wäldern des Mittellandes zu verschwinden.	Mittelland
Es kommt zu häufigeren und längeren Hitzeperioden in den Städten.	Städte werden zu Wärmeinseln. (Oder: Es gibt mehr Hitzetote.)	Mittelland
Es kommt zu Wasserknappheit im Sommer.	Die Landwirtschaft ist stärker auf künstliche Bewässerung angewiesen.	Flachland

(Pro richtige Antwort: 0.5 P)

1c**Lösungsbeispiele:****Der Schweizer Alpentourismus wird im Winter weniger Gäste haben, weil Skilifte unter 2000 Metern geschlossen werden müssen.****Der Klimawandel wird für den Schweizer Alpentourismus teuer, weil die Skilifte ohne Permafrost auf unsicherem Boden stehen. (Er muss teure bauliche Vorkehrungen treffen).****Der Schweizer Alpentourismus ist gefordert, weil er Alternativen zum Wintersport/Schneesport anbieten muss. Die längere Sommersaison verlangt nach innovativen Geschäftsideen.***(Pro Herausforderung: 1.0 P, sprachliche Mängel: -1.0 P)*

1d**Zum Beispiel: Nein, die Schweiz kann als gutes Vorbild vorangehen.****Oder etwa: Ja, die Einflussmöglichkeiten eines Kleinstaates sind zu beschränkt.***(Ohne Angabe eines Grundes: 0 P, sprachliche Mängel: -0.5 P)*

2.

2a**Die Treibhausgase (das CO₂) verhindern, dass die Wärme der reflektierten Sonnenstrahlen wieder in die Atmosphäre entweichen kann. Dadurch erwärmt sich das Klima wie in einem Treibhaus.****Die Erdoberfläche ist mit einem Treibhaus vergleichbar, das von der Sonne aufgeheizt wird und aus dem die Hitze nicht entweichen kann.**

2b**Das Abholzen des Regenwaldes; andere Treibhausgase (Lachgas, synthetische Gase); Methan aus Rinderzucht und Reisanbau (Landwirtschaft).**

2c**Es wäre eiskalt. / Alles wäre gefroren. / Es herrschte eine Eiszeit. / Es wäre -15 °C kalt. / Wir sind auf den natürlichen Treibhauseffekt angewiesen.**

3.

3a

Wasser, Luft (Wind), Sonne, Holz, Boden, Erdöl, (Edel)metalle usw.

3b

Graue Energie	Die Energiemenge, die für die Herstellung, den Transport und die Lagerung sowie die Entsorgung eines Produktes verbraucht wird.
Ökologie	Wissenschaft, die sich mit der Beziehung der Menschen zu ihrer Umwelt beschäftigt.
Ökobilanz	Gibt Auskunft über die Auswirkungen eines Produkts oder einer Verhaltensweise auf die Umwelt.
Nachhaltigkeit	Zielt darauf ab, dass der Abbau und das Nachwachsen der Ressourcen im Gleichgewicht geschehen.

3c

Haushalt	Stosslüften; gute Isolation; Raumtemperatur senken; Kompost, Abfall vermeiden/trennen; Sondermüll korrekt entsorgen, regional einkaufen usw.
Arbeit	Möglichst viel Material recyceln; umweltfreundliche Geräte anschaffen; weniger heizen usw.
Mobilität	Gemeinsam zur Arbeit fahren; den Zug statt das Flugzeug benutzen; in der Nähe Ferien machen; Velo und ÖV benutzen (Ecodriving) usw.

4.

4a

Sie sind endlich; nicht erneuerbar; bringen Umweltverschmutzung mit sich.

4b

**40 Prozent des Schweizer Stroms müssen anderweitig produziert werden; es dürfen keine neuen KKW gebaut werden.
 KKW-Betreiber verlieren ihre Kraftwerke. Sie müssen bis 2050 andere Einnahmequellen finden.
 Kernkraftwerke müssen rückgebaut werden.**

(Sprachliche Mängel: -0.5 P)

4c**Radioaktiver Abfall; Endlagerung; Reaktorkatastrophe/Verstrahlung (Wenn nur: Atombombe: 0.5 P)**

4d**Abhängigkeit von (teils schmutzigem) Strom aus dem Ausland; Versorgungssicherheit ist bedroht; Überlastung der Infrastruktur (Kapazitätsgrenze).**

4e**Lösungsbeispiele:**

Im Zentrum des Bildes sieht man das Kraftwerk Müllberg mit dem schwarzen Symbol für Radioaktivität an der gelben Aussenwand. Von rechts fährt ein Bauarbeiter einen roten Kranwagen ins Bild, an dem eine Abbruchbirne hängt. Er zielt damit auf das Kraftwerk, und zwar genau in die schwarze Kreismitte des Symbols. Im Hintergrund sieht man schematisch das Kraftwerk Beznau.

4f**Das Symbol für Radioaktivität ist gleichzeitig die Zielscheibe für das Abbruchkommando.****Oder: Die Abrissbirne des Kranfahrers trifft genau ins Schwarze.**(Sprachliche Mängel: -0.5 P)
